



**Forderungskatalog
der Stiftung Initiative Mehrweg
zu den Koalitionsvereinbarungen
zum 19. Deutschen Bundestag**

- legislaturbegleitend -

Einführung

Am 24. September 2017 fanden in Deutschland die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt.

Klima- und Ressourcenschutz waren im Wahlkampf zentrale Themen der Umweltpolitik, nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G7-Gipfel in Elmau eine neue Ressourcenschutzpolitik angekündigt hat, die eine ähnliche Bedeutung wie der Klimaschutz bekommen werde.

Ressourcenschutz wird unbestreitbar am effektivsten durch Abfallvermeidung gewährleistet, weshalb die Abfallvermeidung – gemäß der fünfstufigen europäischen Abfallhierarchie, die vollständig durch § 6 Abs. 1 KrWG in das deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz übernommen worden ist – das oberste abfallwirtschaftliche Ziel ist.



Der Vermeidung von Abfällen hätte im neuen Verpackungsgesetz, das am 01.01.2019 in Kraft treten wird, deshalb oberste Priorität eingeräumt werden müssen. Statt jedoch der Abfallvermeidung durch Stärkung von Mehrwegsystemen Rechnung zu tragen, wird der Fokus auf die Sammlung und stoffliche Verwertung von Verpackungen gelegt. Das Sammeln von Verpackungen darf kein Selbstzweck sein! Stattdessen hätte auch das VerpackG einen weitaus größeren Beitrag dazu leisten müssen, Abfälle zu vermeiden, bevor sie entstehen: **Mehrwegverpackungen tragen durch ihre häufige Wiederbefüllung zum Schutz der Ressourcen und zur aktiven Vermeidung von Abfällen bei. Sie müssen entsprechend stärker gefördert werden!**

Bei den nun stattfindenden Koalitionsverhandlungen nehmen wir mit diesem Forderungspapier die Parteien zum Thema Ressourcenschutz beim Wort und zeigen Lösungsansätze:

Mehrweg ist mehr als „Dosenpfand“!

Den Unterschied zwischen Einweg- und Mehrwegflaschen kennt jeder zweite Bundesbürger nicht.



Mehrweg beschränkt sich aber nicht nur auf den Getränkebereich:



Obst- & Gemüse- oder Fleischbehälter, Europaletten oder Standard- Kleiderbügel: Mehrwegtransportverpackungen spielen eine tragende Rolle in der Logistik. Sie sind für Unternehmen der verschiedensten Branchen unverzichtbar, um Waren von A nach B zu transportieren. Dennoch wird ihre Bedeutung häufig unterschätzt.

Auch Mehrwegtransportverpackungen tragen in besonderem Maße zur Abfallvermeidung bei und besitzen daher eine hohe Priorität. Mehrwegtransportverpackungen sind sowohl für die Endverbraucher als auch im Geschäftsverkehr von Interesse. Sie tragen nicht nur zur Verminderung des Abfallaufkommens bei, sondern leisten durch ihre mehrfache Wiederverwendung auch einen Beitrag zum Ressourcenschutz.

Warum Mehrweg zum Ressourcenschutz der beste Weg ist!

Mehrweg ist Klimaschutz

- Über den gesamten Lebenszyklus verursacht Mineralwasser aus Mehrwegflaschen im Vergleich zu Einwegflaschen nur rund die Hälfte des schädlichen Klimagases CO₂.
- Pro Liter Mineralwasser in Mehrwegflaschen aus Glas werden 55 Gramm weniger CO₂ verursacht als für die gleiche Menge Mineralwasser in Plastik-Einwegflaschen. Das entspricht so viel CO₂, wie der Stromverbrauch für das Brühen von sechs Tassen Kaffee verursacht.
- Würde man alle alkoholfreien Getränke ausschließlich in Mehrweg- statt in Einwegflaschen abfüllen, dann ließen sich jedes Jahr 1,25 Mio. Tonnen CO₂ einsparen. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von 575.000 Mittelklassewagen, die im Durchschnitt 15.000 km pro Jahr fahren.
- Im Bereich der Mehrwegtransportverpackungen belegt eine unabhängige Studie des Fraunhofer-Instituts/Universität Stuttgart (2009), dass Mehrwegtransportverpackungen einen erheblich geringeren CO₂-Ausstoß verursachen als Einwegkartons.

Mehrweg schont Ressourcen

- Eine einzige Glas-Mehrwegflasche (0,7-Liter) für Mineralwasser kann bis zu 50 Mal wiederbefüllt werden und ersetzt 23 Einwegflaschen aus Plastik mit dem doppelten Füllvolumen.
- Durch den Einsatz von Mehrwegflaschen könnten im Vergleich zur Herstellung von Einwegflaschen jährlich mehr als 600.000 Tonnen Rohöl und Erdgaskondensat eingespart werden.
- Eine Mehrwegsteige ersetzt 50 bis 100 Einwegkartons.

Mehrweg vermeidet Abfall

- Durch den konsequenten Einsatz von Mehrwegflaschen ließe sich die Abfallmenge durch Einwegplastikflaschen auf ein Minimum reduzieren. Das ist deshalb notwendig, weil in Deutschland jede Stunde zwei Millionen Einwegplastikflaschen als Müll anfallen. Das entspricht 46 Millionen Stück pro Tag und mehr als 17 Milliarden im Jahr.
- In Deutschland entstehen jedes Jahr mehr als 500.000 Tonnen Abfall durch Einwegplastikflaschen. Das entspricht dem Gewicht von 143.000 Elefanten.
- Zu viel Plastikflaschen für unsere Erde: die jährlich in Deutschland verbrauchten Einwegplastikflaschen reichen aus, um übereinandergestellt die Erde 150 Mal zu umrunden. Mehr Mehrwegflaschen statt Einwegmüll schützt den Planeten!

Mehrweg ist mehr Recycling nach dem Produktlebensende

- Nach ihrem langen Produktleben dienen sich Mehrwegflaschen selbst als Rohstoff zur Herstellung neuer Flaschen. Weißglasflaschen bestehen durchschnittlich zu 60 % aus Recyclingglas und Grünglasflaschen zu 90 %.

- Mehrwegtransportverpackungen aus Polyethylen hoher Dichte (HDPE) gewährleisten, dass die Steigen mindestens zehn Jahre lang genutzt werden können. Des Weiteren sind diese Mehrwegsteigen zu 100 % recycelbar.

Mehrweg schafft mehr Produktvielfalt

- In Deutschland gibt es 3.000 Mehrweg-Mineralbrunnen, Brauereien und Fruchtsaftkelterer mit mehr als 10.000 regionalen Produkten. Mehrweg bedeutet Getränkevielfalt, Regionalität und eine Mannigfaltigkeit an Geschmacksrichtungen.
- Im Einwegbereich gibt es ca. 200 Abfüller, die wenige Einheitsprodukte bundesweit vertreiben. Einweg bedeutet weniger Spezialitäten, Vereinheitlichung und geringe Auswahlmöglichkeiten.

Mehrweg schützt das Produkt am besten

- In der Frischwaren-Lieferkette bei Mehrwegverpackungen werden weit weniger Waren beschädigt im Vergleich zu Kartonagen. Bei der Verwendung von Einwegverpackungen werden etwa 4 % aller Verpackungen auf dem Weg zum Verbraucher beschädigt. Bei der Verwendung von Mehrwegverpackungen sind es nur 0,1 %. Damit ist die Bruchquote bei der Verwendung von Einweg-Kartons im Vergleich zu Mehrwegsteigen 35 mal so hoch. Mit einem Schaden an der Transportverpackung kann auch die Qualität des transportierten Gutes beeinträchtigt werden. Dies ist beispielsweise im Zentrallager bei 40 % des transportierten Obst und Gemüses in beschädigten Einwegverpackungen der Fall, bei Mehrwegverpackungen hingegen bei 22 %.
- Im Bereich der Lebensmittelsicherheit wurden in verschiedenen Studien die Migrationswerte von recyceltem Karton für Lebensmittelverpackungen untersucht: Im Ergebnis war es dabei unmöglich, eine gesundheitliche Unbedenklichkeit von recycelter Kartonage im Hinblick auf Migration zu garantieren. Die wissenschaftliche Stellungnahme der EFSA (2012) zu Mineralöl-Kohlenwasserstoffrückständen in Lebensmitteln nimmt an, dass die Migration von Mineralöl-Kohlenwasserstoffen aus recyceltem Papier signifikant zu der Gesamtmenge an Rückständen beiträgt.
- Glas-Mehrwegflaschen schützen in bestmöglicher Form das Getränk, weil sie keine Wechselwirkungen mit dem Füllgut eingehen.
- Einwegflaschen können erhebliche Mengen an Chemikalien in das Getränk abgeben. So wurden in Getränken aus Plastikflaschen bereits Acetaldehyd, Antimon und andere hormonaktive Substanzen festgestellt.

Mehrweg schafft grüne Arbeitsplätze

- Das Arbeitsplatzverhältnis von Mehrweg zu Einweg liegt in der Mineralwasserbranche bei 5:1. Durch die Zunahme von Einwegplastikflaschen und Dosen sind im gesamten Mehrweggetränkereich 145.000 grüne Arbeitsplätze gefährdet.

Wahlversprechen zur Umweltpolitik

Aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2017:

CDU

Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar. Dazu soll die Wiederverwertung von Rohstoffen durch Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne ausgebaut werden, außerdem sollen Anreize und Beratungsangebote für Bürger und Unternehmen erweitert werden.

SPD

Aufgrund des steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen will die SPD eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Dies soll durch eine Senkung der Materialintensität, die Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme geschehen.

Grundsätzlich möchte die SPD außerdem die Umweltbildung fördern, um so ein verstärktes Bewusstsein in der Bevölkerung für umweltpolitisch relevante Themen zu erreichen.

Grüne

„Wir wollen längere Lebensdauern von Produkten fördern und dadurch zu einer Schonung von Ressourcen beitragen.

Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und –handel mit Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen. Wir GRÜNE wollen, dass unsere Ressourcen geschützt werden, so werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Plastikeinwegflaschen durch Mehrweg ersetzt werden. Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Gewinnung bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren.“

Linke

„Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen. Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen.“

FDP

„Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

Zudem vertrauen wir auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger, statt diesen Vorschriften über nachhaltiges Verhalten zu machen.“

AFD

Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Faktencheck:

1. steuerlichen Benachteiligung von Mehrweg- gegenüber Einwegtransportverpackungen

Die finanzgerichtliche Rechtsprechung geht davon aus, dass die Aufwendungen der großhändlerischen Nutzer von Mehrwegtransportverpackungen insgesamt als Mietzinsen für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens einzuordnen und somit gemäß § 8 Nr. 1 d GewStG anteilig dem Gewinn aus Gewerbebetrieb hinzuzurechnen sind. Einwegverpackungen sind von dieser Hinzurechnung nicht betroffen. Dies führt zu einer gleichheitswidrigen Benachteiligung von Mehrwegtransportverpackungen gegenüber Einwegverpackungen. Das wiederum widerspricht den Vorgaben des Staatsziels Umweltschutz, Art. 20 a GG, wonach eine Förderung von Mehrwegverpackungen gesetzlich geboten ist. Die Umweltschutzvorgaben sind insoweit konkretisiert in der Abfallhierarchie mit dem Vorrang der Abfallvermeidung, bundesgesetzlich umgesetzt in § 6 Abs. 1 KrWG. Vorrangig sind nach der Legaldefinition in § 3 Abs. 20 KrWG Maßnahmen zu ergreifen, um die Abfallmenge zu verringern, insbesondere wörtlich „die Nutzung von Mehrwegverpackungen“. Die aus der steuerlichen Benachteiligung folgende schlechtere Wirtschaftlichkeit der Mehrwegverpackungen erhöht im Ergebnis das Aufkommen an Verpackungsabfällen und beeinträchtigt so die – laut grundsätzlichen Auftrag zu schützenden – natürlichen Lebensgrundlagen.

CDU: „Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar.“

SPD: „Aufgrund des steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen will die SPD eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Dies soll durch eine Senkung der Materialintensität, die Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme geschehen.“

Grüne: Wir GRÜNE wollen, dass unsere Ressourcen geschützt werden. Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Gewinnung bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren.“

Linke: „Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen.“

FDP: Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

AFD: Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Forderung:

Aufhebung der steuerlichen Benachteiligung von Mehrwegtransportverpackungen gegenüber Einwegverpackungen.

Faktencheck:

2. Verbindliche Zielquoten für Mehrweggetränkeverpackungen durch Sanktionen

Die Wiederbefüllung von Getränkeverpackungen spart im Vergleich zur Neuherstellung erhebliche Mengen an Ressourcen, Energie und Treibhausgasemissionen ein und sollte besonders gefördert werden. Während Mehrweggetränkeverpackungen Abfälle vermeiden und die oberste Stufe der fünfstufigen Abfallhierarchie umsetzen, entspricht das Recycling von (Einweg-) Getränkeverpackungen lediglich der dritten Stufe der Abfallhierarchie.

Die im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgelegte Abfallhierarchie wird im VerpackG nicht korrekt umgesetzt. Auch wenn „in quasi letzter Sekunde“ noch eine Mehrwegquote von 70 % in das VerpackG aufgenommen wurde, um dem Prinzip der Abfallvermeidung Rechnung zu tragen, handelt es sich bei dieser Quote aber um einen „zahnloser Tiger“ - mit ihrem lediglich appellativen Charakter erweist sich eine solche unverbindliche und sanktionslose Zielquote nicht als wirksames Instrument zur Stärkung von Mehrwegverpackungen, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Deshalb muss eine verbindliche und mit Sanktionen versehene Mehrwegquote tragender Bestandteil des VerpackG sein, will es seinen eigenen Zielen genügen. Die Zielerreichung ist durch das BMUB zu kontrollieren und zu dokumentieren. Sanktionsmechanismen sind vorzusehen, die bei Verfehlung der Ziele automatisch wirksam werden.

CDU: „Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar. ..., außerdem sollen Anreize ... für Bürger und Unternehmen erweitert werden.“

SPD: „Dies soll durch eine Senkung der Materialintensität, die Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme geschehen.“

Grüne: „Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und –handel mit Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen.“

Linke: „Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern ...“

FDP: Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

AFD: Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Forderung:

- Verpflichtende Festlegung der Mehrwegquote mit Sanktionen im VerpackG

Faktencheck:

3. Zielquoten für Mehrwegtransportverpackungen

Über die Getränke hinaus existieren insbesondere im b2b-Bereich eine Vielzahl ressourcenschonender Mehrweg-Systeme z.B. für den Transport von Obst und Gemüse, Fleisch, im Automotive oder Textilbereich oder auch Paletten als Ladungsträger. Speziell im Rahmen des Programmziels zur Reduktion von Lebensmittelabfällen leisten sie einen entscheidenden Beitrag: Eine unabhängige Studie des Fraunhofer Instituts hat gezeigt, dass die Bruchquoten bei der Verwendung von Einweg-Kartons im Vergleich zu Mehrwegsteigen 35 mal so hoch ist (4,2 % bei Einweg-Kartons und 0,12 % bei Mehrweg). Ihr Beitrag zur Abfallvermeidung ist unbestritten. Trotzdem finden sie im neuen Verpackungsgesetz unter den Zielen zur Abfallvermeidung, das am 01.01.2019 in Kraft tritt, keine Berücksichtigung. § 1 Abs. 3 VerpackG spricht lediglich von Mehrweggetränkeverpackungen:

„Der Anteil der in Mehrweggetränkeverpackungen abgefüllten Getränke soll mit dem Ziel der Abfallvermeidung gestärkt und das Recycling von Getränkeverpackungen in geschlossenen Kreisläufen gefördert werden. Zur Überprüfung der Wirksamkeit der in diesem Gesetz vorgesehenen Mehrwegförderung ermittelt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit jährlich den Anteil der in Mehrweggetränkeverpackungen abgefüllten Getränke und gibt die Ergebnisse bekannt. Ziel ist es, einen Anteil von in Mehrweggetränkeverpackungen abgefüllten Getränken in Höhe von mindestens 70 Prozent zu erreichen.“

CDU: „Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar.“

SPD: „Aufgrund des steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen will die SPD eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Dies soll durch eine Senkung der Materialintensität, die Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme geschehen.“

Grüne: Wir GRÜNE wollen, dass unsere Ressourcen geschützt werden, so werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Plastikeinwegflaschen durch Mehrweg ersetzt werden. Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Gewinnung bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren.“

Linke: „Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen. Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen.“

FDP: Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

AFD: Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Forderung:

- **Verpflichtende Festlegung einer Mehrwegquote mit Sanktionen im VerpackG**

Faktencheck:

4. Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen zusätzlich zum Pfand

Deutschland ist mit 213 kg pro Kopf und Jahr Europameister bei Verpackungsabfällen und liegt damit sogar 20 % über dem europäischen Durchschnitt. Dieser Trend wird durch den deutschlandweiten Jahresverbrauch von mehr als 500.000 Tonnen Kunststoff für die Herstellung von mehr als 17 Milliarden Einwegplastikflaschen weiter vorangetrieben. Discounter bieten mit wenigen Ausnahmen ausschließlich Getränke in Einweg an und auch Coca-Cola hat sich weitgehend von der Abfüllung in umweltfreundlichen Mehrwegflaschen verabschiedet. Die alleinige Einführung eines Pflichtpfands auf unökologische Einweggetränkeverpackungen führte nur in Teilbereichen zu der gewünschten nachhaltigen Lenkungswirkung zugunsten von Mehrweggetränkeverpackungen. Es braucht daher dringend weitergehende Instrumente, die über den Produktpreis die Kaufentscheidung beeinflussen und die negativen Umweltauswirkungen von abfallintensiven Einweggetränkeverpackungen im Produktpreis widerspiegeln.

Eine zusätzliche, nicht zurückzuerstattende Abgabe in Höhe von mindestens 20 Cent pro Einweggetränkeverpackung (zusätzlich zum Einwegpfand) würde zu der benötigten Lenkungswirkung in Richtung ressourcenschonender und abfallarmer Mehrwegsysteme führen. Die Einnahmen aus der Abgabe sollten von den Landesumweltstiftungen für Maßnahmen zur Förderung ressourcenschonender Mehrweggetränkeverpackungen verwendet werden.

CDU: „Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar.“

SPD: „Aufgrund des steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen will die SPD eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Dies soll durch eine Senkung der Materialintensität, die Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme geschehen.“

Grüne: Wir GRÜNE wollen, dass unsere Ressourcen geschützt werden, so werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Plastikeneinwegflaschen durch Mehrweg ersetzt werden. Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Gewinnung bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren.“

Linke: „Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen. Wir wollen ein Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen.“

FDP: Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

AFD: Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Forderung:

- Einführung einer zusätzlich zum Pfand zu erhebenden Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen in Höhe von mindestens 20 Cent

Faktencheck:

5. Kennzeichnung von Getränkeverpackungen auf dem Produkt

Eine Umfrage der TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH belegt, dass auch 13 Jahre nach der Einführung des Einweg-Pfandes nur 45 % der Bevölkerung wissen, dass es neben bepfandeten Mehrwegflaschen auch bepfandete Einwegflaschen gibt. Um die bestehenden Verwechslungsrisiken zwischen Mehrweg- und Einweggetränkeverpackungen für Verbraucher zu minimieren, ist eine deutliche und rechtlich bindende Verbraucherkennezeichnung dringend erforderlich. Die Regelung in § 32 Abs. 1 u. 2 VerpackG enthält Schlupflöcher; welche Discounter wie Aldi und Lidl praktisch komplett von der Verantwortung befreien, Verbraucher ernsthaft aufzuklären. Ihnen ist es bei ausschließlichem Angebot von Einweggetränkeverpackungen möglich, ihre gesamte Verkaufsfläche mit nur einem einzigen Hinweisschild zu kennzeichnen. Weil der mehrwegorientierte Getränkehandel ein Mischsortiment von Mehrweg- und Einweggetränkeverpackungen anbietet, ist er zur Kennzeichnung jeder einzelnen Stellfläche gezwungen. Dadurch werden diejenigen ökonomisch benachteiligt, welche eigentlich gefördert werden sollten. Deshalb ist eine Kennzeichnung auf dem Produkt die einzig sinnvolle Lösung. Diese Einschätzung teilen die Bundesländer. Die Kennzeichnung auf dem Produkt mit den Worten „EINWEG“ oder „MEHRWEG“ wird von der Stiftung Initiative Mehrweg als deutlich effizienter und wirksamer eingeschätzt als die Kennzeichnung am Regal.

CDU: „Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar. ... außerdem sollen Anreize und Beratungsangebote für Bürger und Unternehmen erweitert werden.“

SPD: „Grundsätzlich möchte die SPD außerdem die Umweltbildung fördern, um so ein verstärktes Bewusstsein in der Bevölkerung für umweltpolitisch relevante Themen zu erreichen.“

Grüne: „Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und –handel mit Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen.“

Linke: „Wir wollen längere Lebensdauern von Produkten fördern und dadurch zu einer Schonung von Ressourcen beitragen.“

FDP: Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

AFD: Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Forderung:

- Einführung einer verpflichtenden Kennzeichnung von Getränkeverpackungen mit dem Wort „EINWEG“ oder „MEHRWEG“ auf der Verpackung

Faktencheck:

6. Ausweitung der Einwegpfandpflicht

a) Auf Getränkekartonverpackungen, Getränke-Polyethylen-Schlauchbeutel-Verpackungen und Folienstandbodenbeutel

Aufgrund der Streichung bisheriger Bestimmungen über ökologisch vorteilhafte Verpackungen entfällt die Grundlage für die Befreiung bisher als ökologisch vorteilhaft anerkannter Einwegverpackungen von der Pfandpflicht. Als Einweggetränkeverpackungen haben sie künftig den gleichen Bedingungen wie alle anderen pfandpflichtigen Einweggetränkeverpackungen zu unterliegen.

b) Einzelne Produktsegmente

Derzeit werden einzelne Produktsegmente vom Pflichtpfand ausgenommen. Dies führt bei Verbrauchern zur Verwirrung und zur Schwächung bestehender Mehrwegsysteme. Begründungen zur Einwegpfandpflichtbefreiung, bspw. Von Säften und Nektaren, sind für Verbraucher nicht nachvollziehbar und schwächen die Akzeptanz des Einwegpfandes. Zudem sinken die Mehrwegquoten in von der Einwegpfandpflicht ausgenommenen Bereichen besonders stark. So beträgt die Mehrwegquote im kohlenstofffreien Fruchtsaftbereich (welcher von der Einwegpfandpflicht ausgenommen ist) aktuell nur noch 4 %, wohingegen sich die Quoten im Mineralwasserbereich bei rund 30 % und im Erfrischungsgetränkereich bei 20 % stabilisiert haben. Aus Sicht der Stiftung Initiative Mehrweg ist deshalb auch die Einbeziehung der Segmente kohlenstofffreie Säfte und Nektare notwendig.

Die Begründung, dass Säfte und Nektare nicht bepfandet sein sollten, da deren Verpackung eine Polyamid-Schicht enthält, die das Recycling stört, ist nicht überzeugend. Getränkeverpackungen mit Polyamid-Anteil können bei der Rücknahme durch Einlesen des Barcodes separat oder zusammen mit Getränkedosen gesammelt werden, da sich diese beiden Stoffströme anschließend leicht trennen lassen. Das vollständige Recycling von Getränkeverpackungen ist technisch kein Problem und nur mit geringen Mehrkosten verbunden. Das Ziel der Einwegpfandpflicht, Kaufentscheidungen zugunsten von Mehrweg zu beeinflussen, die Vermüllung in Gewässern und der Landschaft zu verringern und ein hochwertiges Recycling zu ermöglichen, gilt ebenso für Getränkeverpackungen mit Polyamid-Anteil. Grundsätzlich sollte dazu übergegangen als Kriterium für die Pfandpflichtigkeit die Getränkeverpackung selbst und nicht dessen Inhalt heranzuziehen.

CDU: „Ein zentrales Vorhaben der CDU/CSU in der Umweltpolitik stellt die Senkung des Rohstoffverbrauchs dar. ... außerdem sollen Anreize und Beratungsangebote für Bürger und Unternehmen erweitert werden.“

SPD: „Grundsätzlich möchte die SPD außerdem die Umweltbildung fördern, um so ein verstärktes Bewusstsein in der Bevölkerung für umweltpolitisch relevante Themen zu erreichen.“

Grüne: „Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und –handel mit Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen.“

Linke: „Wir wollen längere Lebensdauern von Produkten fördern und dadurch zu einer Schonung von Ressourcen beitragen.“

FDP: Umwelt- und Klimaschutz ist eine wichtige Aufgabe der Politik, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern.

AFD: Der Schutz der Verbraucher ist für die AFD einer der zentralen Politikbereiche.

Forderung:

- **Streichung der Ausnahmeregelungen unter § 31 Abs. 4 Nummer 4-6**
- **Ausdehnung der Einwegpfandpflicht auch auf die Segmente kohlenstofffreie Säfte und Nektare**
- **Grundsätzliche Orientierung der Pfandpflichtigkeit am Kriterium der Verpackung und nicht des Inhalts**